

Bauern werden, und wir alle bürgerlichen Minderheiten...

Nun kann diese bürgerlichen Minderheiten mit dem Waffens...

Wie wäre es möglich, sich noch mehr zu täuschen?

Das sagt Teint. Wir sehen, wie zersplit in seinen Ausführungen...

Eigentümlich ist nur, daß das Exkommuniziert Treint seine Weisheit...

Auch sonst ist Grundsätzliches nicht in seiner Opposition...

Aus der Partei

Was steht die Partei?

(Zur kommenden Zentralaussschuß-Sitzung) Von einem Hamburger Genossen.

3. Der sogenannte Fall Schwarz

Als die Partei in der Frage der K.P.D.-Opposition auf die Schanzen...

4. Beträgliche und Demagogen

In ihrer Polemik gegen den leninistischen Ultrazentrismus...

Alle den, schon im vorigen Kapitel eingehend dargelegten Gründen...

Die politische Argumentation des GHA, daß die Situation vor und nach der Auflösung...

Auf der anderen Seite aber ist die Frage, was die Partei zum "Wortführer" eines Parlamentarismus sagt...

Parlamentarismus zu forcieren, in persönlicher Hetze gegen Führer...

Die Partei konnte ohne jede Vergütung der Angehörigen öffentlich feststellen...

Unter der alten Fahne des revolutionären Antiparlamentarismus...

Wenn man aber glaubt, daß die von der Organisation verwendeten Mittel...

Die politische Linie der Organisation wird legalen finanziellen Zulauf...

In ihrer Polemik gegen den leninistischen Ultrazentrismus...

Die politische Argumentation des GHA, daß die Situation vor und nach der Auflösung...

Alle den, schon im vorigen Kapitel eingehend dargelegten Gründen...

Auf der anderen Seite aber ist die Frage, was die Partei zum "Wortführer" eines Parlamentarismus sagt...

Spaltung und Unklarheit über die sich eine politische Plattform...

Jugendbewegung

Von einem Jugendgenossen erhalten wir folgenden Aufsatz...

K. A. J. Berlin herbeigeführten Gegensätze zwischen der Partei...

Die Kommunistische Arbeiter-Jugend des Reiches ist stark...

Unter der alten Fahne des revolutionären Antiparlamentarismus...

Wenn man aber glaubt, daß die von der Organisation verwendeten Mittel...

Die politische Linie der Organisation wird legalen finanziellen Zulauf...

In ihrer Polemik gegen den leninistischen Ultrazentrismus...

Die politische Argumentation des GHA, daß die Situation vor und nach der Auflösung...

Auf der anderen Seite aber ist die Frage, was die Partei zum "Wortführer" eines Parlamentarismus sagt...

Kommunistische Arbeiterpartei

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, Berlin, 27. Oktober 1927...

Der Verrat in Mitteldeutschland

Der Dolchstoß

Es ist so gekommen, wie wir voraussagten. Die Gewerkschaften...

Das sieht dieser Erfolg aus? Hören wir die Rote Fahne, das Zentralorgan...

Das sieht doch nur die Löhne für die Kernreviere, in den Randrevieren...

Her wird schon die Frage der Arbeitszeit berührt. In dieser Hinsicht...

Charakteristisch ist die Art, wie die Gewerkschaften den Kampf...

Die politische Argumentation des GHA, daß die Situation vor und nach der Auflösung...

Alle den, schon im vorigen Kapitel eingehend dargelegten Gründen...

Auf der anderen Seite aber ist die Frage, was die Partei zum "Wortführer" eines Parlamentarismus sagt...

Die politische Argumentation des GHA, daß die Situation vor und nach der Auflösung...

müssen, daß der angebliche und zukünftige Siebenstundentag in Rußland...

Die KPD, hat in diesem Kampfe den letzten Schein, als ob sie jemals...

Das sieht doch nur die Löhne für die Kernreviere, in den Randrevieren...

Her wird schon die Frage der Arbeitszeit berührt. In dieser Hinsicht...

Charakteristisch ist die Art, wie die Gewerkschaften den Kampf...

Die politische Argumentation des GHA, daß die Situation vor und nach der Auflösung...

Alle den, schon im vorigen Kapitel eingehend dargelegten Gründen...

Auf der anderen Seite aber ist die Frage, was die Partei zum "Wortführer" eines Parlamentarismus sagt...

Die politische Argumentation des GHA, daß die Situation vor und nach der Auflösung...

Und die Rote Fahne von Montag, den 24. Oktober, probiert: "Wenn diese Zellen..."

Wie richtiger, wenn auch nach Beginn selbstverständlich, ist es, daß die KPD...

Nicht so die Arbeiterklasse. Vor ihr steht ihre Aufgabe, eine Welt zu stützen...

Aufgabe der KPD und Allgemeinen Arbeiter-Union ist es, die Arbeiterklasse...

Neue Erfolge der KPD.

Es scheint, als ob die KPD, auf der Bahn ihres Abrückens in den Druck...

Die Rote Fahne hat an diesem Tage bereits ganz andere Sorgen als diesen Streik...

Koalitionsverhandlungen in Hamburg und wir erfahren, daß in Hamburg bereits die erste Sitzung...

Die KPD wird der SPD, durch die Unterstützung bei Wahlen ihrer Genossen...

Alle Mitteilungen von "sachlicher" Kritik und "Arbeiterpolitik", die um diese entscheidenden Tagesfragen herum gemacht werden...

E.L. zu solidarischer Vorgehen mit den Weibenseiler-Parlamentariern der E.L. anzurufen. Nur dann bleibt die KAP eine „Gruppe freier Kämpfer“ ohne Abhängigkeit von einem „Parlamentsmitglied“!

Unheilbare Plathheit

(Eine letzte Antwort).

Im Artikel „Parlamentarismus oder Antiparlamentarismus“ Nr. 79 der „KAZ“ haben wir kurz den Streit zwischen KAP und der III. Internationale wiedergegraben und die Gründe für unsere Ablehnung des Parlamentarismus auseinandergesetzt. Dort haben wir zusammenfassend folgenden Schlusssatz gezogen: „Die antiparlamentarische Stellung der Partei folgt also nicht aus der konterrevolutionären Auswirkung der Wahlbeteiligung und der parlamentarischen Beteiligung an die Ideologie der Arbeiterklasse und des Wesens der kommunistischen Partei.“

Als Antwort erschien in Nr. 79 der Artikel eines Leipziger Genossen, betitelt: „Antiparlamentarismus — aktuelle Lösung“, wo obige Ansicht einfach als „falsch“ bezeichnet wird. Die einzige Begründung, die er dort zu geben vermochte, ist, daß Wahl und parlamentarische Beteiligung keineswegs Voraussetzung einer Kritik der Praxis des Parlamentarismus sind. Was er aber unter „Praxis des Parlamentarismus“ mit welcher der Ablehnung des letzteren begründen möchte, versteht, ist aus diesem Artikel nicht zu verstehen.

Inzwischen hat der Leipziger Genosse scheinbar eingesehen, daß man, um über die programmatischen und taktischen Ansichten der Partei diskutieren zu können, sie doch erst studieren und verstehen muß. Er hat Gorters Brief an Lenin und alle Jahrgänge der KAZ durchgesehen, aber leider, wie dieser zweite Artikel zeigt, hat er sie nicht verstanden. Hier behauptet der L. G. wieder:

„Kritik des Parlamentarismus hat noch nicht — und darauf geht es an — die Genossen, die für die Beibehaltung des Mandats sind, ausschließlich fest — das Gerücht des parlamentarischen Nachlasses der Beteiligung zu wählen (und der parlamentarischen Beteiligung — d. Ver.) zu tun.“

Und an anderer Stelle seines Artikels schreibt er: „Der Verfasser der Leipziger Genossen hat sich nicht nur nicht eindeutig als im Artikel „Parlamentarismus oder Antiparlamentarismus“ die KAP lehnt den Parlamentarismus ab, weil diese kleinen Vorteile nur gemeinsam mit den großen Nachteilen, die die Teilnahme an den Wahlen und die parlamentarische Beteiligung erfordert, auf Kosten ihres Prinzipialerkenntnis werden können.“ Da eine kritisierte (mit einer unverständlichen Behauptung — d. Ver.) falsche Behauptung durch Wiederholung nicht richtiger wird, sind wir gezwungen, uns nochmals dieser Behauptung zuwenden.

Es ist klar, daß, wenn der L. G. die Gründe der Partei für die Ablehnung des Parlamentarismus nicht begreift, auch nicht begreifen kann, daß das Verwerfliche des Parlamentarismus für das Proletariat aus der Wahlbeteiligung und der parlamentarischen Beteiligung entsteht. Um das zu begreifen, genügt nicht die 32 Seiten des Gorterschen Briefes an Lenin, die sich auf das Problem „Führer und Masse“ konzentriert; man muß vielmehr darüber auch etwas nachdenken, denn Gorters Brief ist nicht für Papageien, sondern für denkende Menschen geschrieben.

Im Artikel „Parlamentarismus oder Antiparlamentarismus“ ist z. B. als verderblicher Nachteil des Gebrauchs des Parlamentarismus als Kampfmittel für das Proletariat die Erhaltung und Stärkung seiner bürgerlich-demokratischen Illusionen hervorgehoben worden. Jeder denkfähige Mensch begreift, daß die Erhaltung und die Stärkung des Proletariats nicht dadurch geschieht, daß man jemanden von vorne und von hinten als „Mitglied des Parlaments“ bezeichnet, sondern durch die Wahlbeteiligung der parlamentarischen Partei, durch ihre Aufforderung der Arbeiter, ihre Kandidaten zu wählen und durch die parlamentarische Beteiligung der letzteren, nachdem sie gewählt sind.

In demselben Artikel ist auch hervorgehoben worden, daß der Parlamentarismus als Kampfmittel für das Proletariat die typische Form des Komplexes mittels Führer ist; wobei bei den Massen die Illusion geweckt wird, daß andere für sie den Kampf führen können und so wird ihre Aktivität gehemmt. Auch diese Illusion kann nicht dadurch geweckt werden, daß man jemand als Mitglied des Parlaments bezeichnet; auch sie wird durch die Wahlbeteiligung, Wahlauflösung, durch die Wahlbeteiligung und parlamentarische Beteiligung der „richtigen“ Führer geweckt, erhalten und gestärkt. Nur aus dieser Art und Weise wird das Verhältnis zwischen Massen und Führer und die entsprechende Ideologie geschaffen, erhalten und gestärkt. Das ist so klar und einfach zu verstehen, daß nur an Gehirnparalyse leidende Menschen dies nicht verstehen können. Wenn aber der L. G. es trotz seiner hohen Bildung auch nicht versteht und hartnäckig bestreitet, daß die verderbliche des Parlamentarismus in der Wahlbeteiligung besteht, so ist das nur mit einer unheilbaren Plathheit zu erklären, die er schon auf dem letzten Zentralausschuß der Partei mit seiner Einheitschreibselbe vor dem Publikum hat.

Diese Plathheit behauptet, daß die Zahlen von parteiunabhängigen Ziffern von Gorter, jeder, der denken kann und der weiß, daß der „Offener Brief an Lenin“ nicht in einer Zeit geschrieben worden ist, wo sich kommunistische Parlamentarier zum Antiparlamentarismus bekennen, sondern umherklingender, Stenotypisten, die sich wie die Rechtschreiblisten eintragen und sich eine bestimmte Summe auszahlen lassen.

Fassen wir nun kurz zusammen: Der Parlamentarismus als Kampfmittel für das Proletariat ist deshalb unbrauchbar und wird von der Partei abgelehnt, weil er mit sich die Wahlbeteiligung, die parlamentarische Beteiligung und die entsprechende Ideologie bringt. Bestände der Parlamentarismus nur im Eintragen und Beziehen einer Geldsumme — ähnlich wie die Eintragung der Erwerbsteuern — würde die KAP nicht gegen die Ausnützung eines solchen „Parlamentarismus“ sein.

Wenn also die Partei abgelehnt hat eine Kritik an Schwarz wegen der Niederlegung des Mandats (was er selbst bestanden persönlich Gründe nicht zu haben über, tat sie dies, weil sie hierin keinen Widerspruch zwischen seinem antiparlamentarischen Bekenntnis und der Nichtniederlegung des Mandats sieht. Einer anderen Meinung können nur an antiparlamentarischen Festschreiben krankende Menschen sein, weil dadurch die antiparlamentarische Agitation der Partei erschwert sein soll. Wir geben zu, daß für diejenigen, die niedrigen und die Partei in dieser Frage zu vertreten. Solche Mitglieder leisten der proletarischen Revolution Bärenservice. Demnach ist klar, daß auch das „Argument“ des L. G., die Anhänger von Ruth Fischer und Korsch haben die Schwärz parlamentarische Antiparlamentarier“ seien, sinnlos ist. Bezeichnend ist, daß die Ruthen und Korschisten ein solches „Argument“ in ihrer Presse zornig vorbringen wagen, und daß sie, das nur dort, wo sie mit getragem Unvermögen rechnen, tun. Der L. G. müßte übrigens selbst wissen, daß diese Gruppen sich offen zur Taktik des Parlamentarismus bekennen, daß sie sich parlamentarisch betätigen und womöglich sich wieder wählen lassen (siehe Hamburg). Wenn sie sich offen zum Wahlbeteiligung bekennen und keine parlamentarische Tätigkeit entfallen hätten, so würde sich die Partei zu ihnen in puncto Parlamentarismus, so wie zu der ehemaligen E.L. verhalten.

Das Schicksal von allen „Argumenten“ des L. G. für eine Kritik an Schw. ist jedoch sehr bedauerlich, daß die Partei sich bei den kommenden Wahlen der Möglichkeit auf das Beispiel des revolutionären Antiparlamentarismus Schw. zu berufen, beirrat hat. Man will also den Führerlauben statt mit einer tiefgreifenden Begründung, nämlich mit den Erfordernissen des Klassenkampfes, mit der Notwendigkeit der Massenaktion — mit der Beratung auf das Beispiel des „guten Führers“ erschüttern. Daran kann man ersehen, wobei eine primitive antiparlamentarische Propaganda führen würde.

Wenn aber kein Grund für eine Kritik an Schw. weder von Standpunkt unserer antiparlamentarischen Stellung noch von Standpunkt der Interessen der antiparlamentarischen Propaganda besteht, so kann auch kein Grund, dieses Prinzip der in die Luft-Sprengung der bürgerlichen Existenz keine Begründung dafür sein. In Nr. 79 der KAZ ist das Notwendige darüber gesagt worden und es ist erdentlich, daß der L. G. nicht mehr von „seinem“ Prinzip zu reden wagt. Wir würden aber gern auch die Meinung jener Hamburger Genossen darüber hören, die in „Einleitung“ mit diesem Prinzip schon seit Jahren Mitglieder der Gewerkschaften sind (damit muß natürlich der Zentralausschuß ein Ende machen).

Die Erklärung der Tatsache, daß ein Teil von Genossen aus einem „Fall“, der keiner sein dürfte, einen Fall der Partei gemacht hat, soll in einer Einleitung zum Antiparlamentarismus gegeben werden, die sich bei einer näheren Betrachtung als unpolitische, gefühlsmäßige, falsche, im besten Falle als eine ethische Einstellung entpuppt. Der Antiparlamentarismus der Partei entspringt aus der Taktik der Massenaktion. Er besteht in einer Ablehnung der Wahlbeteiligung, der Wahlaktion und parlamentarischer Beteiligung, die das ein Hemmnis für die Entfaltung der Selbständigkeit und Aktivität der Massen und somit der Massenaktion. Unser Antiparlamentarismus ist also kein „Ding für sich“, sondern die Kehre der Massenaktion.

Aus der jahrelangen Aktionsschwäche der Partei heraus und aus der daraus resultierenden Notwendigkeit, die bloße Negation des Reformismus der II. und III. Internationale zu sein, entstand bei einem Teil der Genossen, denen ein dialektisches Denken abgeht, jene primitive Ideologie, die nicht nur in der Frage des Parlamentarismus, sondern auch in der Gesamtrichtung der Massenaktion gutgeheißt. Das ist die Ideologie der reinen Negation. So bezüglich der Entstehung einer solchen Ideologie ist, umso notwendiger ist aber ihre Bekämpfung. Die revolutionäre Partei des Proletariats darf ihre Tätigkeit und Taktik nur von der realen Wirklichkeit und nicht von abstrakten Begriffen und Grundsatzen ableiten. Ihre Taktik muß der positive Extrakt aus den Erfahrungen und Bedingungen des Klassenkampfes sein.

Der kommende Z.-A. und noch mehr von ihm vorbereitende Parteitag haben in diesem Sinne Entscheidungen zu treffen. Sie müssen aber von der Erkenntnis getragen sein, daß auch eine marxistische Schulung nicht, wenn nur dadurch, werden sie in Blut und Fleisch für die Partei übergeben.

Anträge und Resolutionen

Hamburger Entscheidung.
Die am 27. September 1927 tagende Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Groß-Hamburg hat sich in eingehender Aussprache mit den Differenzen der Berliner Organisation beschäftigt. Sie ist der Auffassung, daß die Spaltung der Organisation die größte Verbrechen wäre. Die Hamburger Organisation verlangt, daß sowohl die Opposition, wie der Geschäftshauptauschuß ihre Differenzen dem Kontrollausschuß der Partei unterbreiten. Die Hamburger Organisation ist der Auffassung, daß das Mittel der Beitragsperre kein unzulässiges Kampfmittel ist, d. h., daß die Genossen, die zur Beitragsperre gezwungen haben, noch zur Partei gehören. Sie sieht die Ursachen der Differenzen nicht wenigstens im Verhalten des GHA, in der Frage Schwarz, sondern im Verhalten der Partei.

Es ist die Aufgabe des Kontrollausschusses: 1. festzustellen, wie tatsächlich im Reiche die Abstimmung über das Verhalten des GHA, im Falle Schwarz ausgefallen ist. 2. sachliche Differenzen der Berliner Organisation zu prüfen und das Material dem Reichsparteitag zu unterbreiten. Das letzte Wort hat der Parteitag resp. die erweiterte Zentralausschußsitzung zu sprechen. Die Hamburger Organisation fordert die schnellste Einberufung eines Parteitages, resp. Zentralausschusses, damit diese Differenzen so schnell wie möglich aus der Welt geschafft werden und wir wieder zu einer aktionsfähigen Partei gelangen. Wahlberechtigt zum Parteitag sind nach unserer Auffassung auch alle Genossen, die in den letzten drei Monaten auf Veranlassung des GHA, zur Beitragsperre gezwungen sind, sowie alle Genossen, die zum Mittel der Beitragsperre gezwungen haben.

Eine Antwort Berlins an Hamburg.

(Über die Zulässigkeit der Beitragsperre.)
In der Organisation werden alle Fragen nach dem Willen der Mehrheit der Mitglieder entschieden. Danach hat sich nach einer Abstimmung die Mehrheit der Mehrheit zu fügen, wenn sie die Frage nicht von solcher prinzipieller Bedeutung hält, daß sie die Spaltung notwendig macht. Eine Minderheit, welche die Grundlage für den Bestand einer Organisation überhaupt ist. Deshalb kann und darf eine Organisation, die sich nicht selbst auflösen will, die Handlungsweise eines solchen Minderheits nicht zulassen.

Die Partei muß von jedem Genossen verlangen, daß er, unbeschadet von seiner sachlichen Meinung, seinen Pflichten der Organisation gegenüber nachkommt, wenn er als Mitglied der Partei mit allen Rechten gezwungen wird, die Beitragsperre zu erlassen. Genossen, Gruppen oder Bezirke zur Durchsetzung ihres Willens dagegen zu organisatorisch-schädlichen Maßnahmen (Beitragsperre) zu erlassen, sind durch die Pflichten der Partei, schwächen ihre Schlagkraft und vermindern ihre politische Arbeit, so stellen sie sich damit selbst außerhalb der Partei, verzichten auf ihre Rechte als Parteimitglieder und nehmen sich die Möglichkeit, ihre Meinung im Rahmen der Partei mit sachlichen Argumenten zu vertreten. Sie können durch die Scheitlerbildung der Partei Stellung in der Partei einnehmen, in den Versammlungen, Tagungen und Konferenzen der Partei zugelassen werden und dadurch auch an keinerlei Abstimmungen sowie Parteihandlungen teilnehmen. Das gilt auch für den Parteitag. Die Beitragsperre und andere organisatorische Kampfmaßnahmen gegen die Partei als zulässige Kampfmittel im Rahmen der Parteidiskussion anzuerkennen, bedeutet:

1. die Legalisierung von Fraktionen innerhalb der Partei,
 2. die Zerstückelung der Partei bei aufstrebenden Streitkräften in mehrere Teile,
 3. die Gefahr der vollständigen Aktionsunfähigkeit der Partei bei „Zweckmäßigkeitfragen“,
 4. das Erscheinen der Parteilinie auf Spiel zu setzen.
- Es muß daher der Organisationsgrundsatz unbedingt anerkannt werden (Statut, Absatz I) a) Mitglied der KAP kann jeder werden, der Programm und Satzungen anerkennt und danach handelt!

Die Hamburger Entscheidung enthält die theoretische Rechtfertigung zur Zerstückelung der Partei und ist vollkommen undiskutabel.

Mitteilungen

Distriktsversammlungen.

Am Dienstag, den 1. November 1927:
13. und 6. Bezirk,
16. und 5. 1. Bezirk,
7. 3. 4. 18. und 2. Bezirk.
Lokale werden in nächster Nr. der „KAZ“ bekanntgegeben.

Tagungsordnung: Bericht der Zentral-Ausschußsitzung.

Chemnitz.
Sonabend, den 29. Oktober, abends 8 Uhr, findet in „Stadt Kamez“, Unt. Aktienstraße, ein öffentl. Gruppenabend mit dem Thema: „Die wirtschaftliche und politische Lage“ statt.
Für Montag, den 31. Oktober (Reformationsfest) ist eine Propagandafahrt in die Umgebung von Chemnitz geplant, und werden die Genossen gebeten, sich restlos zu beteiligen. Näheres am Sonnabend, den 29. im Gruppenabend.
KAP. AAL. Chemnitz.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula, Neukölln, Druck: Erdmann & Co., Berlin SO 36, Moritzpl. 67/1.

Kommunistische Arbeiterzeitung

8. Jahrg. Nr. 84

Preis 15 Pfg.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO. 36, Lansitzer Platz 13. Telefon-Nr.: Moritzplatz 7832.

Berlin, 31. Oktober 1927

Alle Zahlungen an Postcheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 628 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Bln. SO. 36, Lansitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifenband durch die Post monatlich 1,30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im Voraus. Erscheint wöchentlich zweimal. Inserate werden nicht angenommen.

Der weiße Terror in Rußland

Die neueste Krise

Ein altes Lied, wenn auch in neuer Melodie, klingt durch die demokratischen Gassen, Finanzkrisen. Ein altes Lied, wie gesagt, das alte Lied des deutschen Nationalismus.

Seit dem „Frieden“ von Versailles, und seit dem „Erfülln“ der deutschen Schwerindustrie fette Profite und der Sozialdemokratie die Phrase von der „Volksverehrung“ liefer, kennt man die Weise, kennt man den Text, kennt man die in diesem Konzert zusammenschließenden Musikanten. Mit dem „Diktat“ wurden stets die nationalistischen Instinkte gekitzelt, so auf die Art, daß die deutsche Kapital in vor lauter Humanität nur so schwitzte, die bösen Feinde durch den Raubvertrag den Arbeitern die Margarine, den Kindern die Milch aus der Flasche stehlen. So wurde die Stimmung für den Ruhrkrieg vorbereitet, und für den grandiosen Inflationsraubzug den deutschen Proleten eine Gasmaske vorgegeben; damit ihnen die revolutionäre Propaganda nicht das Verständnis für ihre eigene Rolle nahe bringen sollte. Die SPD und die KPD, diesen damals in das Horn des deutschen Nationalismus, und die III. Internationale lieferte für das „unterdrückte“ Deutschland frei nach Bucharin die Theorie für die Landesverteidigung und die Granaten gleich dazu. Das war der erste große Vorstoß des deutschen Imperialismus nach seiner Niederlage, und die Proleten bezahlten, wie 1914 die Zeche.

Wem also die „Konjunktur“ weiter anhalten und als Voraussetzung dafür die Konkurrenzfähigkeit sichergestellt werden soll, so muß der Hungerriemen wieder enger, noch enger geschnallt werden. Die KPD hat ja wohl gleich wieder eine neue Parole gefunden in den „Besitzteuern“, aber diese Bißbrot ändert doch nur einmal an der erdbebenden Tatsache nichts, daß jeder Pfenning, auch die „Besitzteuern“, erst von den Proleten erschütet werden müssen, um überhaupt bezahlt werden zu können, ganz davon abgesehen, daß die kapitalistische Klasse, so lange sie die Macht hat, sich nicht vor schreiben läßt, wie sie das Proletariat betrügen soll. Aber selbst wenn die Bourgeoisie „unter dem Druck der Massen“ diese Mehrbelastung durch „Besitzteuern“ anbringen müßte, würden letzten Endes diese Steuern einzig und allein die Proleten bezahlen, denn die Besitzer von Produktionsmitteln, dazu gehören auch die Händler und die Wucherer, wälzen die Steuern ab auf die Konsumenten. Nur nebenbei wollen wir zeigen, wie hilflos die KPD diesen Fragen gegenübersteht, von der SPD, schon gar nicht zu reden.

Amerika und Europa

Die ökonomische Krise Amerikas bedeutet für einen großen Teil der Arbeiterklasse lange Arbeitslosigkeit und somit Entbehrung in jeder Beziehung. Der fortwährende Zustrom agrarischer Elemente zur Industrie, sowie die unabhörlche Verbesserung der Maschinenproduktion verschärfen noch mehr den schon vorhandenen, hitzigen Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt. Diese Situation macht es den Unternehmern leicht, die Lebenshaltung der Arbeiter im Interesse des Profits immer mehr zu beschränken. Wir haben hier nicht das Resultat des internationalen allgemeinen Entwicklungsstandes allein, sondern der wirtschaftliche Verfall des Auslandes, als fällige Nacherte des Krieges, ist eine der speziellen Ursachen. Diese Länder versuchen ihre früheren Stellungen auf dem Weltmarkt vermittels niedriger Preise, die auf elenden Löhnen basieren, zurückzugewinnen. Der Konkurrenzkampf kann nur auf dem Rücken der Arbeiterklasse ausgefochten werden. So muß die kapitalistische Klasse Amerikas, um wolleiler zu produzieren und um die durch den Krieg zwangvollenen Märkte weiter zu behaupten, zum Angriff auf die Lebenshaltung des amerikanischen Proletariats übergehen. Es gilt die Lösung: Steigerung der Leistungsfähigkeit, Herabsetzung der Herstellungskosten auf ein Minimum durch Lohnabbau und durch neue Methoden zur Ausnutzung von Arbeits- und Maschinenkraft. Es wird keine Steigerung der Produktion durch die schon überschüssige Arbeitskraft versucht, sondern angewandt wird die profitable Methode, die noch mehr erfahren wie unerfahrenen Arbeiter ans Pfahler wirft. Ein Kampf gegen diese Entwicklung ist nur möglich, indem sie selbst in den Dienst der Arbeiterklasse gestellt wird; Dies nicht durch die Utopie eines harmonischen Ausgleichs zwischen Bourgeoisie und Proletariat, sondern durch radikale Aenderung der Gesellschaftsordnung.

Aber damit ist es nicht getan. Seitdem hat sich das deutsche Kapital gründlich „umgestellt“, weil es oben nur so und nicht anders ging. Nach dem zweiten verlorenen Krieg muß man sich auf „den Boden der Tatsachen“ stellen. Man gab die offene Sabotage auf und verschrieb sich der sozialdemokratischen „Völkerverehrung“ und dem „Frieden“. Man warf die sozialdemokratischen Hausknechte aus dem Regierungstempel und setzte deren Politik, die einzige mögliche, fort. Ein paar Ministerposten in Preußen reichten aus, um von der Sozialdemokratie die schriftliche Erklärung zu erhalten, daß sie bis zu den Neuwahlen diese Bürgerblockregierung nicht mit einem Mißtrauensvotum belästigt und sich mit für die dummen Proleten bestimmtem Geschreibsel im „Vorwärts“ begnügt. Um den neuen Vorstoß in einer günstigen Situation wagen zu können, ist mehr nötig, als altergermanische Landknechtsblöde. Da ist nötig eine mehrbühnen Schmeiferei, die die deutsche Industrie konkurrenzfähig wird. Da ist nötig die Rationalisierung, und zur Niederhaltung des angepörrerten Proletariats die Schlichtungsjustiz. Da ist nötig, starke Gewerkschaften, die mit viel Geschick, List, Betrug und einem Heer von gerissenen Gaunern in der Maske von Arbeiterführern alle Streiks durch Abstimmungsmanöver, Vertragsverpflichtungen abwürgen, das Proletariat niederhalten und verdammen. Da ist nötig, Kapitalkumulation, Ruhe und Ordnung, damit die Anleihen ausländischer Großbankiers fließen, um so ein Fundament zu schaffen, auf dem man sicher stehen kann, wenn die politischen Verhältnisse günstiger sind, um, wie schon anlässlich des Tannenbrunnens und des 80. Geburtstag Eberts des Zweiten deutlich wurde, ideologisch und militärisch vorzubereiten den „Kampf um den Frieden“, oder „Widerrückmachung alles Unrechts“, oder eine entsprechende „Neutralität“ als die Kampfstellung, die einen Zuwachs von machtpolitischer Stärke oder sonstige Konzessionen mit sich bringen wird, so, wie es eben gerade paßt.

Das revolutionäre Proletariat sieht hier von neuem, daß das internationale Kapital nur geschlagen werden kann, wenn es an allen Fronten angegriffen, und so der Kapitalisten internationaler entgegengesetzt wird die Klassenolidarität des internationalen Proletariats. Es sieht weiter, daß hier keine fächerlichen Steuerreformchen helfen können, sondern daß die Kapitaloffensive der internationalen Kapitalistenklasse von den Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise selbst entspringt, und daß diese Widersprüche einen Grad erreicht haben, die den Kampf des Proletariats um den Kommunismus unvermeidlich machen, wenn das Proletariat nicht in Nacht und Grausen der kapitalistischen Barbarei versinken will.

In der Stahl-Industrie z. B. erselien mittels der modernen Maschentechnik 2 Männer 14 bei der Versorgung eines Schmelzofens. In den Eisengießereien ersetzen 7 Mann 60. Am offenen Ofen ist sogar 1 Mann imstande die Arbeit von 60 zu verrichten; und zwei Männer laden mit Hilfe eines Magnets soviele Roh Eisen, wie früher 128. Die Automobilindustrie war imstande, seit 1917 ihre Produktion pro Mann um 210 Prozent zu erhöhen. In anderen wichtigen Industrien ist die Vermehrung der Produktion pro Arbeiter in der gleichen Periode folgende: Oel-Raffinerie 70 Prozent, Zement 57,8 Prozent, Eisen und Stahl 58 Prozent, Hochöfen 94 Prozent, Mehl-Möhlen 39 Prozent, Leder 28,2 Prozent, Zucker 27,3 Prozent, Papier 33 Prozent und Schube 16,5 Prozent.

Das revolutionäre Proletariat sieht hier von neuem, daß das internationale Kapital nur geschlagen werden kann, wenn es an allen Fronten angegriffen, und so der Kapitalisten internationaler entgegengesetzt wird die Klassenolidarität des internationalen Proletariats. Es sieht weiter, daß hier keine fächerlichen Steuerreformchen helfen können, sondern daß die Kapitaloffensive der internationalen Kapitalistenklasse von den Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise selbst entspringt, und daß diese Widersprüche einen Grad erreicht haben, die den Kampf des Proletariats um den Kommunismus unvermeidlich machen, wenn das Proletariat nicht in Nacht und Grausen der kapitalistischen Barbarei versinken will.

Amerikas Beziehung zum Welthandel ist folgende:
mit 51 Prozent an Roh Eisen, 66 Prozent am Stahl, 51 Prozent am Kupfer, 62 Prozent Petroleum, 43 Prozent an Kohlen, 32 Prozent am Natzkohle, 65 Prozent an Schiffsbauholz, 42 Prozent am Phosphat, 80 Prozent am Schwefel, 63 Prozent am Mika, 62 Prozent am Blei, 64 Prozent am Zink, 69 Prozent am Selenstein, 45 Prozent am Schwefel (Baryt), 55 Prozent an Eisenwolle.

Diese Resultate waren nur möglich, durch die schon genannten neuen Formen der Ausbeutung. Die Position der Arbeiter hat sich jedoch nicht dementsprechend verbessert. Amerika, nicht direkt vom Kriege getroffen, begann seinen Aufstieg durch die Versorgung der Märkte jener Länder, die in den Krieg tiefer verwickelt waren. Ihr ökonomischer Handel lag damals vollkommen brach und bot so den amerikanischen Waren ein offenes Feld.

Rationalisierungsmassenmord

Der italienische Zeitschiff-Tonnen-Passagierdampfer „Mafalda“, der nach Sidamerika unterwegs war, ist an dessen Oalke küste untergegangen und hat mehrere Hundert Menschen, Besatzung und proletarische Auswanderer, in die Tiefe gerissen. — Das Schiff war schwer beschädigt.

Die Mafalda war esamntlich und gehörte liegt zum alten Eisen. Protsucht und Profitbedürfnis zwangen die Reederei, sie vollzupacken mit in Europa überflüssigen Frassern, um diese als Sklaven in die Plantagenmagazinen Südamerikas zu verkarren.

Dieser leichtfertige oder beabsichtigte Massenmord gehört in die Rubrik Rationalisierungswahnwitz und Versicherungsbeitrag.